

Sinn und Unsinn von so genannten Orientierungsgesprächen



Im Ergebnis des Stellenabbauprogramms der Brandenburger Landesregierung und der darauf aufbauenden so genannten Polizeistrukturreform geht es jetzt in die Umsetzungsphase. Die Struktur steht und ist beschlossen. Erwartungsgemäß wird sie von vielen Kolleginnen und Kollegen sehr kritisch betrachtet. Hauptkritik neben dem Stellenabbau bleibt die Schaffung einer neuen Führungsebene (Direktion) und die vollkommen unklar definierte Führung der Polizeireviere. Aber zu diesen Fragen ist bereits vieles geschrieben und gesagt worden. Die Praxis wird zeigen, was funktioniert und was nicht funktioniert. Ich bin mir sicher, die so genannte Evaluierung 2014, die der Minister angekündigt hat, wird wiederum zu deutlichen Veränderungen führen. Aber das ist heute nicht der Inhalt meines Kommentares.

Die Kästchen sind gemalt

Im Rahmen der Struktur wurden die Führungspositionen festgelegt. Danach werden sukzessive von oben nach unten alle Stellen ausgeschrieben. Die Auswahlverfahren könnten beginnen. So weit, so gut. Jeder kann im Intranet nachvollzie-

hen, welche Stellen ausgeschrieben wurden und wie sie bewertet sind. Jeder hat die Möglichkeit, sich nach Leistung, Eignung und Befähigung auf diese Posten zu bewerben. Das haben alle Kolleginnen und Kollegen im h. D. getan. Dabei haben sich auch die Kolleginnen und Kollegen auf mehrere Dienstposten beworben, da sie ja nicht wissen, ob sie bei ihrer Erstbewerbung bereits den Zuschlag erhalten. Im Ergebnis dessen kam es naturgemäß dazu, dass es auf vielen Dienstposten des h. D. mehrere Bewerbungen gibt und auf einigen wenigen keine. Jetzt wäre es doch der normalste Vorgang der Welt, wenn es für einen Dienstposten mehrere Bewerbungen gibt, dass man die entsprechenden Auswahlverfahren durchführt. Und wenn beamtenrechtlich der Grundsatz Leistung, Eignung und Befähigung stimmt, wird auch der Beste den Zuschlag erhalten.

Orientierungsgespräche

Jetzt beginnt neben einigen stattfindenden Auswahlverfahren jedoch ein personalrechtlich bis heute unbekanntes Verfahren der so genannten Orientierungsgespräche. In einigen von den Fällen, wo es Mehrfachbewerbungen gibt, wird mit den betroffenen Kolleginnen und Kollegen gesprochen. Ihnen wird teilweise empfohlen, ihre Bewerbung zurückzuziehen bzw. sich auf andere Dienstposten zu bewerben. Aus arbeitsorganisatorischer Sicht nachvollziehbar, denn viele Auswahlverfahren können dadurch eingespart werden. Häufig wird dieses begründet mit der Aussage, dass es doch schädlich wäre, wenn man sich mehrfach bewirbt und anschließend nicht den Zuschlag erhält. Entsprechende Vermerke in der Personalakte würden dann eine persönliche Nichteignung suggerieren. Das kann man so sehen, das muss man aber nicht so sehen. Ich vertrete die Auffassung, Mehrfachbewerbungen zeigen doch eigentlich die geforderte Flexibilität und Leistungsbereitschaft. Ich zeige, dass ich bereit bin, mich neuen Herausforderungen zu stellen, neue Aufgaben

zu übernehmen und mich der Führungsverantwortung zu stellen. Das ist nach meiner Auffassung nicht negativ, sondern zeigt die leistungsbereite Führungskraft.

Theorie und Praxis

Wie sieht es aber in der Praxis aus? Viele Kolleginnen und Kollegen nehmen den Vorschlag aus dem so genannten Orientierungsgespräch an, ziehen eigene Bewerbungen zurück oder bewerben sich neu. Was ist das Ergebnis? Es gibt deutlich weniger Auswahlverfahren, weil es zum Schluss für jeden Dienstposten überwiegend nur noch einen Bewerber gibt. Das hat aber in der Endkonsequenz den faden Beigeschmack, dass bereits vor Beginn der Auswahlverfahren evtl. schon feststand, wer welchen Dienstposten erhalten soll. Und es erweckt den Eindruck, dass echte Konkurrenz der Führung nicht gewünscht ist. Schade, gerade im Zuge der so genannten Polizeistrukturreform wäre es wirklich möglich gewesen, Leistungen zu fördern und bisher gezeigte Leistungen durch neue Dienstposten anzuerkennen. Schade ist aber auch, dass viele Kolleginnen und Kollegen im Ergebnis der so genannten Orientierungsgespräche ihre Bewerbungen zurückgezogen haben, statt einfach mal zu sagen: **NEIN**, ich halte meine Bewerbung aufrecht, ich möchte es wissen, ob ich geeignet bin für diesen Dienstposten oder ob es einen Geeigneteren gibt. Orientierungsgespräche können ein Mittel der Personalsteuerung sein. Auswahlverfahren sind diesen aber aus meiner Sicht jedoch vorzuziehen. Kolleginnen und Kollegen stehen nun vor der Entscheidung, gehe ich den Weg laut Orientierungsgespräch oder lasse ich es im Auswahlverfahren „darauf ankommen“. Ich bin mir natürlich bewusst, dass es als Außenstehender leichter ist, darüber zu urteilen, als wenn man selbst betroffen ist. Im schlimmsten Fall könnte es ja auch einen Karriereknick bedeuten. Also lieber den leichteren Weg über die Orientierungsgespräche wählen. Eine verpasste Chance!
Andreas Schuster

Artikel von Andreas Schuster „Reizthema – Freie Liste“ in DP 08

Im genannten Artikel schreibt Andreas Schuster unter der Frage Nr. 1 („Warum setzt sich die GdP im Rahmen der Polizeireform für die Anbindung der Uckermark an die Direktion Ost ein?“) unter anderem: „Die Antwort ist ganz einfach, weil unsere Kolleginnen und Kollegen in der Uckermark entschieden haben, dass sie zur Polizeidirektion Frankfurt (O.) möchten.“ Ich stelle fest, dass das schon deswegen falsch ist, weil eine solche „Entscheidung“ von niemandem getroffen wurde. Jedenfalls von niemand, der hier mit einer solchen Entscheidungsfindung der Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen bekannt ist. Richtig ist vielmehr, dass, wie zu Anfang der konkreten Reformplanung beabsichtigt, die Mehrheit der Kollegen für die Direktion Ost votierte. Die fast ausschließlich auf die Initiative der Landräte zustandegewonnene Anbindung an die Direktion Ost hat hier regelrechtes Entsetzen ausgelöst. Und das hat nicht nur damit zu tun, dass von Nord hier geplante personell starke Fahndungskomponenten nicht mehr stationiert sein werden und unsere Kriminaldauerdienste nicht mehr in Schwedt (Oder), sondern vermutlich in Strausberg sitzen werden. Es gibt für das

dahingehend gestörte Befinden vieler Kolleginnen und Kollegen noch einige Gründe mehr. Wenn sich die GdP (wer eigentlich?) für Uckermark zu Ost ausgesprochen hat, war das eine von wenig Sachkenntnis getriebene Entscheidung und eine Enttäuschung über wirklichkeitsfremde Funktionäre mehr.

Peter Krabbe, Kreisgruppe Uckermark

Anmerkung der Redaktion:

Kritik ist in unserer GdP immer willkommen. Das gehört zur Art und Weise des Umgangs in einer demokratischen Organisation. Nur sollte der Verfasser der Kritik nicht das Monopol der alleinigen Wahrheit für sich in Anspruch nehmen. Seine Meinung ist nicht zwangsläufig die Meinung aller. *Andreas Schuster*

AKTUELLES

Was sonst so passierte ...

Unter dieser Überschrift informiert unser Gewerkschaftssekretär Michael Peckmann in Form eines „Tagesbuches“ auszugswise aus der Arbeit der GdP-Zentrale in Potsdam.

August 2011

8. – 12. August 2011

In der GdP-Geschäftsstelle wird die PC-Technik ausgetauscht. Die Rechner aus dem Jahr 2003 waren an ihre Grenzen gestoßen.

10. August 2011

Termin bei Rechtsanwältin Kerstin Mock u. a. zum aktuellen Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes zur Zulage gemäß § 46 Bundesbesoldungsgesetz – Zulage für die Übernahme einer höher bewerteten Funktion. Am 17. August werden unsere diesbezüglichen Verfahren aus dem Potsdamer Bereich beim VG Potsdam verhandelt.

12. August 2011

Der Mietvertrag für das Büro der GdP läuft bald aus. Mit dem Vermieter bespreche ich mögliche Optionen für den Fortbestand bzw. die Beendigung des Mietverhältnisses.

17. August 2011

In der Skate-Arena in Jüterbog finden die Landespolizeimeisterschaften im Inlineskaten statt. Wir als Gewerkschaft der Polizei geben Getränke und Obst für die Sportler aus. Ich freue mich, dass fünf Teilnehmer des GdP-Seminars Inline-Skaten vom Mai mit an den Start gehen.

Abends erhalte ich die Nachricht, dass beim Verwaltungsgericht Potsdam für sieben betroffene Studierende an der FH Pol ein Vergleich abgeschlossen wurde, der allen die Wiederaufnahme ihres Studiums

ermöglicht. Wir hatten mit unserem Rechtsschutz unterstützt.

18. August 2011

In der GdP-Geschäftsstelle berät der Landesseniorenvorstand. Ich erläutere den aktuellen Stand von verwaltungsgerichtlichen Verfahren zur Pensionsberechnung (vorübergehende Erhöhung des Ruhegehaltssatzes; Berechnung der Pension beim Zusammentreffen von Rente und Pension).

23. August 2011

Die Telekom installiert einen neuen Router. Leider den falschen. Er lässt sich wegen fest eingegebener IP-Adresse nicht in unser Netz integrieren. Der alte Router wird wieder angeschlossen.

25. August 2011

In der Klartext-Sendung vom Vorabend werden erneut Stasi-Vorwürfe gegen unseren Landesbezirksvorsitzenden erhoben. Die dort kurz eingeblendeten angeblich neu belastenden Dokumente sichere ich als Datei. Für mich sind sie nichtssagend. Mittags findet ein Gespräch mit dem GdP-Bildungswerk zur möglichen Ausrichtung des Seminarprogrammes 2012 statt.

29. August 2011

Sitzung des Geschäftsführenden Landesbezirksvorstandes in den Räumen unserer Geschäftsstelle. Nach der Sitzung stelle ich auf unserer Homepage den nach ausführlicher Beratung gefassten Beschluss zu den angeblich neuen Stasi-Vorwürfen gegen Andreas Schuster ein.

30. August 2011

Termin an der Fachhochschule der Polizei in Oranienburg zur möglichen Unterstützung des GdP-Rechtsschutzes durch rechtlich entsprechend ausgebildete und erfahrene Dozenten. *Michael Peckmann*



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Brandenburg

Geschäftsstelle:
Rudolf-Breitscheid-Straße 64
14482 Potsdam
Telefon (03 31) 7 47 32 0
Telefax (03 31) 7 47 32 99

Redaktion:
Frank Schneider (Vi.S.d.P.)
Rudolf-Breitscheid-Straße 64
14482 Potsdam
Telefon (03 31) 8 66 20 40
Telefax (03 31) 8 66 20 46
E-Mail: PHPRMI@AOL.com

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33
vom 1. Januar 2011

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96 0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-278X



Wikinger-Kreuzfahrt 2011 7-tägige Reise nach Island und auf die Färöer



pro Person ab
399 €

Eine Wikinger-Kreuzfahrt lässt Sie den Spuren der Nordmänner folgen und entführt Sie in die faszinierenden Destinationen Island und Färöer.

Zwei Aufenthalte auf den Schafinseln und ein zweitägiger Islandaufenthalt lassen Sie einen tiefen Eindruck von der unvergleichlichen Schönheit der nordischen Natur gewinnen - ob auf eigene Faust oder im Rahmen der angebotenen Ausflüge, die zur Auswahl stehen. Genießen Sie das Wikingerbüffet nach alten Originalrezepten, den Wikingerpunsch an Deck und nehmen Sie Ihre Wikingerurkunde in Empfang.

Montag und Donnerstag verbringen Sie jeweils einen halben Tag auf den Färöer Inseln, Dienstag und Mittwoch stehen ganz im Zeichen von Island.

Termine nur im Oktober und auf Anfrage
PSW Reisen Kiel: Tel. 0431/17093

E-Mail: psw-reisen-kiel@t-online.de

Im Reisepreis enthaltene Leistungen:

- Schiffsfahrt Hirtshals - Färöer Inseln - Island und zurück
- Zweibett-Innenkabine mit Dusche & WC
- 6 x Frühstücksbüffet an Bord
- 1 x großes Wikingerbüffet am Freitag
- 1 x Kaffee und Isländischer Kuchen
- 1 x Wikingerpunsch
- 1 Wikinger-Urkunde
- Buchungsgebühren und Treibstoffzuschlag
- Pkw-Mitnahme pro Buchung, einmalig 99,- Euro
- Nutzung der Einrichtungen an Bord der MS Norönna
- Informationsmaterial
- Halbpension kann gebucht werden (5 x Abendessen, 125,- Euro)
- Ausflüge fakultativ buchbar



Geld sparen - mit den Angeboten der
GdP PolSERVICE GmbH



Katalogreisen
Sonderreisen
Ferienlager
Autokauf

Infos, Buchungen, Bezugsscheine, bei GdP PolSERVICE GmbH
03 31/74 73 20 Internet: www.brandenburg.de
E-Mail: gdp-brandenburg@gdp-online.de

Herzlich willkommen!

Liebe junge Kolleginnen und Kollegen, herzlichen Glückwunsch zu eurer Berufswahl und alles Gute für die nächsten Jahre und Jahrzehnte. Wenn auch tätliche Angriffe gegen die Polizei zugezogen haben: Ihr habt euch für einen Beruf entschieden, der von der übergroßen Mehrheit der Gesellschaft anerkannt wird. Das verdeutlichen Untersuchungen namhafter Meinungsforschungsinstitute. Unsere Ausstattung kann sich im bundesweiten Vergleich sehen lassen. Und – rein theoretisch – steht die Landesregierung hinter uns. „Unsere Mitarbeite-



Spektakuläre Aktion gegen die Überalterung der Polizei.



Von der Landesregierung im Stich gelassen.

rinnen und Mitarbeiter sind das Wertvollste der Landesverwaltung“ – so Ministerpräsident Matthias Platzeck.

Die Realität sieht aber viel zu oft anders aus. Die Motivation in der Branden-

burger Polizei erfährt seit Jahren einen Abwärtstrend. Anstatt dem entgegenzuwirken, ist die Landesregierung eifrig dabei, noch mehr Personal abzubauen. Durch eine „neue Polizeistruktur“ soll der von der Landesregierung beschlossene Stellenabbau in der Polizei von 1900 Arbeitsplätzen bis 2019 kompensiert werden. Das Ergebnis wird sein, dass es in Brandenburg künftig weniger Polizei geben wird. Und nicht nur das. Der Stel-

lenabbau wird größer sein, als die Bevölkerung und die allgemeine Kriminalitätentwicklung abnehmen werden. „Bedanken“ können sich Brandenburgs Polizisten auch bei der Politik für das kürzlich verabschiedete Gesetz über das Tragen von Namensschildern. Weil wir es nicht nur mit Radfahrern zu tun haben, die ohne Licht zur Nachtzeit unterwegs sind, hat sich die GdP klar gegen eine generelle Kennzeichnungspflicht ausgesprochen. Daneben wird der Sozialabbau unter Rot-Rot forciert, indem das Weihnachtsgeld gestrichen und Diskussionen über Erhöhungen der Lebensarbeitszeitgrenze angesprochen werden. Die unrühmlichen Personalverkäufe von Absolventen der FH in der zurückliegenden Zeit nach Berlin sind einmalig in der Brandenburger Geschichte der letzten 20 Jahre.

Die GdP hat sich für den Erhalt einer leistungs- und handlungsfähigen sowie wahrnehmbar präsenten Polizei in allen Regionen unseres Landes zur Initiierung einer Volksinitiative entschlossen.

Gemeinsam mit vielen Sympathisanten wurde erreicht, dass sich der Landtag mit den beispiellosen Kürzungen in der Brandenburger Polizei befassen muss. 97.000 Bürgerinnen und Bürger haben die Forderungen der GdP und der Vertreter der betroffenen Kommunen unterstützt. Ein überwältigendes Ergebnis, mit dem wir als Landesverband bundesweit



Junge Beschäftigte fordern gerechte Bezahlung.



KREISGRUPPE FH POL



Gemeinsame Freude – von der GdP unterstützt!

der Polizei bietet ihren jungen Kolleginnen und Kollegen deshalb Leistungen an, die entweder durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten sind oder durch Gruppen- bzw. Rahmenverträge zu besonders günstigen Konditionen in Anspruch genommen werden können.

Die wichtigste Leistung der GdP ist die Vertretung eurer beruflichen und sozialen Interessen gegenüber der Politik und der dienstlichen Leitung.

So wollen wir bei den Verhandlungen mit der Landesregierung über die Zahlung einer Sonderzuwendung (Weihnachtsgeld) nicht zulassen, dass in Brandenburg dieser Teil unserer Bezüge ohne Kompensation einfach auf Null gesetzt wird. Trotz aller objektiven Sparzwänge muss die langfristige Etablierung einer Billigpolizei in unserem Land verhindert werden. Dafür brauchen wir eure Hilfe.

Ihr habt's erst einmal in unsere Reihen geschafft – macht das Beste daraus!

Bodo Böhlemann, KG FHPol

ein ganz starkes Achtungszeichen gesetzt haben.

GdP wird verlässlicher Partner sein

Doch nun zu euch. Viele sind das erste Mal auf sich allein gestellt. Nicht nur beim Lernen während des Studiums bzw. der Ausbildung, sondern auch bei der Bewältigung ganz alltäglicher Dinge wie etwa der Finanzierung der ersten eigenen Wohnungseinrichtung. Aber auch das Tragen der Uniform oder die Einordnung in euren Klassenverband erfordert eine gewisse Eingewöhnungszeit. Die Gewerkschaft der Polizei will und wird euch in den nächsten Jahren ein verlässlicher Partner sein; natürlich wie in den Vorjahren nicht nur zu den Einstellungstagen.

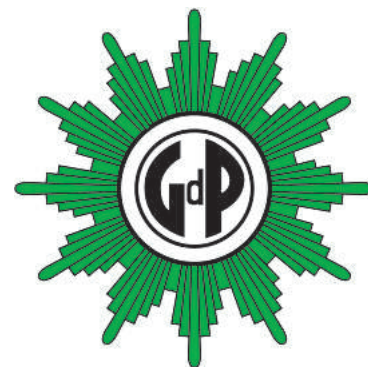
Fast alle Komponenten unserer Ausbildungs- und Studienbasis sind auf einem guten technischen Stand. Ihr könnt eine funktionale Sporthalle, nach vielem Hin und Her einen ordentlichen Sportplatz und eine der modernsten Raumschießanlagen der Polizei Deutschlands nutzen. Die Lehrkabinette sind mit neuen audiovisuellen Geräten ausgestattet. Allerdings kritisieren wir als Gewerkschaft die nicht vorhandenen landeseigenen Gemeinschaftsunterkünfte und Einschränkungen bei der Nutzung der Außenanlagen. Es ist schade, dass es zudem auch (noch) keine feste Räumlichkeit für teamfördernde Veranstaltungen auf dem Campus gibt. Der jetzige Zustand darf nicht als abschließende Lösung betrachtet werden.



Die Plakate der Jungen Gruppe sind landesweit bekannt. Bilder: Seidenschwanz/Böhlemann

Wir erwarten, dass sich die Landesregierung wieder klarer zum polizeilichen Nachwuchs bekennt. Für euch geht es konkret um die Absicherung der Karriere in der Polizei des Landes Brandenburg. Die GdP hat sich deshalb konsequent für die Übernahme aller Azubis und Studierenden nach erfolgreicher Ausbildung eingesetzt.

Wenn Ihr euch für die GdP entscheidet, habt ihr eine starke Organisation im Rücken. Denn die Risiken eines mitunter gefährlichen Berufes darf und kann niemand allein tragen. Die Gewerkschaft



F. Mattis

seit 1880

THE COOL FASHION COMPANY

Exklusiv für Mitglieder
der Gewerkschaft der Polizei.
Nur online erhältlich unter:
<http://gdp.mattis-shop.de>



→ DAMIT KOMMEN SIE NICHT INS SCHWITZEN! ←



Informationen und Zugang
zum Online-Shop im
Mitgliederbereich

www.gdp.de/brandenburg

**Geld
sparen!**



Geld sparen - mit den Angeboten der
GdP PolSERVICE GmbH



Katalogreisen
Sonderreisen
Ferienlager
Autokauf

Infos, Buchungen, Bezugsscheine, Vertragsunterlagen bei GdP PolSERVICE GmbH
03 31 / 74 73 20 Internet: www.gdp.de/brandenburg
E-Mail: GdP-Brandenburg@gdp-online.de

Informationen

Musterprozess der GdP

Am 18. Mai 2011 stimmte der Brandenburger Landtag mit großer Mehrheit einem Gesetzentwurf der CDU zu, der eine Kennzeichnungspflicht für die Brandenburger Polizei vorschreibt. Die GdP Brandenburg hat sich bisher vehement gegen diese Regelungen eingesetzt und wird dies auch weiterhin tun. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Frage der gesetzlichen Verpflichtung für Polizeivollzugsbedienstete zum Tragen von Namensschildern hat die Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Brandenburg, das Führen eines Musterprozesses erwogen.

Zwischenzeitlich hat der Bundesvorstand der GdP ein solches Verfahren als Musterverfahren anerkannt und den Landesbezirk Brandenburg beauftragt, dieses entsprechend zu führen.

Wir werden umgehend die erforderlichen Schritte prüfen und einleiten.

Reform des Besoldungs- und Versorgungsrechtes in Brandenburg/Zulagen für Polizeivollzugsbeamte für besondere Einsätze – § 22 Erschwerniszulagenverordnung

Antwort des Innenministers

Mit Schreiben vom 24. Mai 2011 hatte die Gewerkschaft der Polizei Innenminister Dr. Woidke gebeten, sich im Rahmen der Ressortabstimmung zu den Gesetzentwürfen Reform des Besoldungs- und Versorgungsrechtes in Brandenburg für eine Anhebung der Zulagen gemäß § 22 EZuV einzusetzen.

In seiner Antwort vom 16. August 2011 informierte uns Innenminister Dr. Dietmar Woidke, dass er sich innerhalb der Landesregierung für eine wohlwollende Prüfung unseres Anliegens eingesetzt hat.

Auch hat sich das Innenministerium im Rahmen der Ressortabstimmung zu den benannten Gesetzentwürfen für eine entsprechende Erhöhung ausgesprochen. Weitere Informationen auf unserer Internetseite www.gdp-brandenburg.de

Postkartenaktion von GEW und GdP zur Sonderzuwendung

Information des Petitionsausschusses

Im Dezember 2010 haben die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und die GdP eine Weihnachtspostkartenaktion zum Erhalt der Sonderzuwendung für die Brandenburger Landesbeamten durchgeführt. Adressat war der Landtagspräsident. Diese Aktion wurde durch den Landtag als Massenpetition entgegengenommen, so dass sich der Petitionsausschuss damit befasste. Dessen abschließende Entscheidung ging uns nunmehr zu. (nachzulesen unter www.gdp-brandenburg.de im Mitgliederbereich) Der Petitionsausschuss verweist in seiner Antwort auf die defizitäre Situation des Landeshaushaltes und hebt die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses 2011 für die Beamten hervor. Weiterhin verweist er auf die Gespräche der Landesregierung mit den Gewerkschaften zur Erhöhung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes in Brandenburg. Eine wesentliche Forderung der GdP ist hier die Wiedereinführung einer Sonderzahlung. Letztlich teilte der Petitionsausschuss mit, dass er sich aus den vorgenannten Gründen nicht für die Wiedereinführung von Sonderzahlungen für die Landesbeamten verwenden wird.

Verordnung zur Neuregelung des Aufstieges vom mittleren in den gehobenen Polizeivollzugsdienst

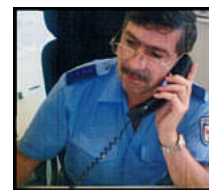
Beteiligungsverfahren/Stellungnahme der GdP

Im Oktober 2011 wird für 50 Kolleginnen und Kollegen der Lehrgang für den Aufstieg vom mittleren in den gehobenen Dienst beginnen. Hierfür macht sich eine Änderung der Verordnung über den Aufstieg in die Laufbahn des gehobenen Polizeivollzugsdienstes des Landes Brandenburg erforderlich. Wir sind gemäß § 130 Landesbeamtengesetz in der Beteiligung. Die Gewerkschaft der Polizei hat am 1. September 2011 ihre Stellungnahme zur Änderung der Verordnung über den Aufstieg in die Laufbahn des gehobenen Polizeivollzugsdienstes des Landes Brandenburg an den DGB (Spitzenorganisation der Gewerkschaften) abge-

geben. Der Verordnungsentwurf des Innenministeriums sowie unsere Stellungnahme dazu können auf der Internetseite der GdP Brandenburg www.gdp-brandenburg.de im Mitgliederbereich – Sonstige Downloads – heruntergeladen werden.

Wesentliche Feststellungen/Forderungen der Gewerkschaft der Polizei sind: Die GdP Brandenburg erneuert ihre Forderung, jährlich mindestens 100 Kolleginnen und Kollegen des mittleren Dienstes den Aufstieg in den gehobenen Dienst zu ermöglichen. Die Verlagerung der Prüfungskompetenz auf die FHPol wird befürwortet. Mit der Aufstiegsausbildung wird die Befähigung zur Ernennung erreicht. Neben der Schaffung der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen muss in Artikel 2 – Änderung der LVPol – dahingehend Aufnahme finden, dass mit dem Bestehen der Aufstiegsprüfung auch sofort die Ernennung erfolgt.

NACHRUF



In diesen Tagen mussten wir vom Tod unseres Kollegen Michael Schulz erfahren. Er verstarb am 19. August 2011 im

Alter von 55 Jahren nach langer schwerer Krankheit in einem Hospiz in Heidelberg. Michael Schulz war, seitdem er im Jahr 1980 seinen Dienst bei der Polizei begann, in der Polizeiwache Wittstock tätig. Hier arbeitete er im Wach- und Wechseldienst und galt als Urgestein der Wache. Er stand seinen Kolleginnen und Kollegen immer mit Rat und Tat zur Seite und war eine große Hilfe und Unterstützung für sie.

Durch seine Erfahrungen, seine offene und ehrliche Art und sein freundliches Wesen wurde er von allen sehr geschätzt.

Michael Schulz hinterlässt eine Ehefrau und erwachsene Kinder.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

GdP-KG OPR





POLIZEI Gewerkschaft der Polizei
DEIN PARTNER

www.polizeifeste.de
Alle Polizeifeste der GdP auf einen Blick

15. Gemeinsames Polizeifest der Kreisgruppen Prignitz, Ostprignitz-Ruppin, Oberhavel und Havelland

Abendbuffet

ab 19.30 Uhr



- mehr als gute Musik -

Tombola

22. Oktober 2011

19.00 Uhr, Einlass 18.00 Uhr
HausRheinsberg Hotel am See
Donnersmarckweg 1, 16831 Rheinsberg

Zimmerbestellungen: Kennwort Polizeifest
direkt im HausRheinsberg Hotel am See
unter Telefon 03 39 31 / 34 40
DZ mit Frühstück 79,00 €

EINTRITTSPREIS: **25,00 €**
(inkl. Buffet und Programm)

für GdP-Mitglieder **21,00 €** pro Person

KARTENVORVERKAUF:
KG Prignitz - Kuno Mayer
KG OPR - Frank Hunziger
KG OHV - Wolfgang Schwarz
KG HVL - Corina Beastroch

VERANSTALTER:
Gewerkschaft der Polizei
Kreisgruppen Prignitz, Ostprignitz-Ruppin,
Oberhavel und Havelland

